

# Leben banal bürokratisch zerstört

Ausstellung erinnert an Approbationsentzug jüdischer Ärztinnen und Ärzte

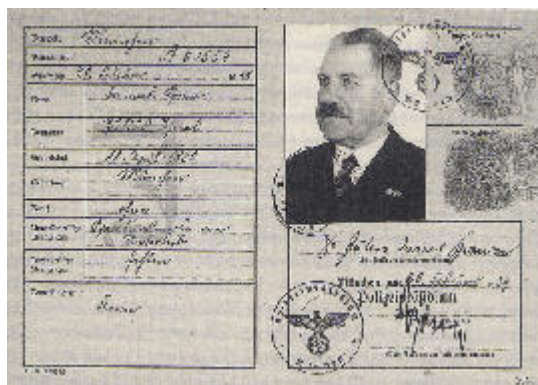
von Ursula Ebell und Dr. Hansjörg Ebell

*„Fegt alle hinweg, die die Zeichen der Zeit nicht verstehen wollen!“ Unter diesem Titel dokumentiert eine Ausstellung im Ärztehaus Münster vom 19. Juni bis zum 13. Juli das Schicksal jüdischer Ärztinnen und Ärzte, die ab 1933 systematisch aus ihrem Beruf hinausgedrängt und bis in die physische Vernichtung getrieben wurden.*

Zum Beispiel Dr. Julius Spanier: Der Name des Kinderarztes (1880–1959) ist eng verbunden mit der Kinderheilkunde und Säuglingsfürsorge in München. Seit 1907 praktizierte er als Kinderarzt; daneben engagierte er sich ab 1919 als Säuglingsfürsorge- und Schularzt. Von einem Tag auf den anderen verlor er 1933 diese Funktion. Nach dem Entzug der Approbation im September 1938 leitete er das Israelitische Krankenhaus in München – unter extrem schwierigen Bedingungen. Im Juni 1942 wurden er und seine Frau zusammen mit dem restlichen Personal und den Patienten des Krankenhauses nach Theresienstadt deportiert. Dr. Julius Spanier überlebte und kehrte schwerkrank nach München zurück. Bereits im August 1945 wurde er von den amerikanischen Militärbehörden zum kommissarischen Leiter der Ärztlichen Bezirksvereinigung München bestimmt. Von 1945 bis 1955 war er Chefarzt der Kinderklinik in der Lachnerstraße. Unmittelbar nach seiner Rückkehr bemühte er sich um den Neuaufbau der jüdischen Gemeinde, deren Präsident er von 1945 bis 1951 war.

Das Schicksal von Dr. Julius Spanier ist exemplarisch für mehr als 8.000 jüdische Ärztinnen und Ärzte, die 1933 im „Reichsgebiet“ praktizierten. Bereits 1933 war den meisten die Fortführung der kassenärztlichen Versorgung ihrer Patienten untersagt worden. Viele hatten ihre Positionen in Universitätskliniken und Krankenhäusern verloren und waren nach jahrzehntelanger Tätigkeit in Leitungsfunktionen mit unbestrittener klinischer Kompetenz und hohem wissenschaftlichem Ansehen entlassen worden. Zum 30. September 1938 schließlich wurde allen per Verordnung vom 25. Juli 1938 verboten, ihren Beruf weiter auszuüben. Zum 31. Januar 1939 wurde die entsprechende Verordnung auch auf jüdische Zahnärzte, Tierärzte sowie Apotheker ausgeweitet. „Die gesamte Gesundheitspflege von Juden gereinigt“, titelte daraufhin eine Berliner Tageszeitung.

dahin erlebten gesellschaftlichen Diskriminierung und Ausgrenzung in den ersten Jahren nach der „Machtergreifung“, maßgeblich vorangetrieben durch einflussreiche Verbände der Ärzteschaft bzw. durch die von den Nationalsozialisten neu geschaffenen Standesorganisationen. Das Leid der systematischen Verfolgung und die Ermordung in den Vernichtungslagern folgten.



Quelle: Stadtarchiv München

Bereitwillig hatte sich die Ärzteschaft bereits im März 1933 gleichschalten lassen und folgte dem Aufruf des Nationalsozialistischen Deutschen Ärztebundes unter Reichsärztführer Dr. Gerhard Wagner „Fegt alle hinweg, die die Zeichen der Zeit nicht verstehen wollen!“ Was darunter zu verstehen war, wie es sich in Gesetzen, Verordnungen und praktisch-politischer Umsetzung niederschlug, wie Leben banal bürokratisch zerstört wurden, dokumentiert die Ausstellung.

**FEGT  
ALLE  
HINWEG**

Für die verbliebenen 3.152 – bis 1938 hatten viele bereits den verzweifeltsten Ausweg des Suizids oder des Exils gewählt – bedeutete das „Erlöschen“ der Approbation die endgültige Vernichtung ihrer beruflichen Existenz. 709 von ihnen, 14 in München, durften als „Krankenbehandler“ noch ihre eigenen Familien und Juden behandeln.

Für die Betroffenen und ihre Familien war das endgültige Berufsverbot die Fortsetzung der bis

Ausgehend von der „Vierten Verordnung zum Reichsbürgergesetz“ vom 25.7.1938, in der die Approbation jüdischer Ärztinnen und Ärzte zum 30.9.1938 für „erloschen“ erklärt wurde, und den Verlautbarungen ärztlicher Verbände werden exemplarisch die Schicksale 20 jüdischer Ärztinnen und Ärzte fokussiert. Persönliche Zeugnisse wie Fotos, Briefe und Erinnerungen, in denen die Betroffenen selbst zu Wort kommen, werden zum Verwaltungsakt geronnenen behördlichen Dokumenten der Diffamierung, Ausgrenzung und Existenzvernichtung gegenüber gestellt.

Ursprünglich wurde die Ausstellung 2008 für München zum 70. Jahrestag des Approbati-

onsentzuges konzipiert. Grundlage war eine von der Liste Demokratischer Ärztinnen und Ärzte 1988 zum 50. Jahrestag herausgegebene Dokumentation mit dem Titel „Schicksale jüdischer und ‚staatsfeindlicher‘ Ärztinnen und Ärzte nach 1933 in München“ sowie die Broschüre der Bayerischen Landesärztekammer zum 60. Jahrestag „Nationalsozialistische Verfolgung der jüdischen Ärzte in Bayern“.

1988 gab es in den Standesorganisationen noch erhebliche Widerstände gegen diese Versuche, eine Auseinandersetzung mit der besonderen Rolle der Ärzteschaft in der Zeit des Nationalsozialismus anzustoßen. Es kam zu heftigen und kontroversen Auseinandersetzungen und diejenigen, die dieses verdrängte und mit Schuld beladene Thema aufgegriffen hatten, wurden als „Nestbeschmutzer“ beschimpft.

Ganz anders vor fünf Jahren – 20 Jahre später. Aus Mitteln des Ärztlichen Kreis- und Bezirksverbandes München und der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns konnte die Ausstellung zum Gedenken an die Verfolgung der jüdischen Ärztinnen und Ärzte in München realisiert werden. Sie wurde am 25. Juli, exakt dem 70. Jahrestag der Veröffentlichung der „Vierten Verordnung zum Reichsbürgergesetz“ von 1938, im Foyer der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns zum ersten Mal gezeigt und feierlich eröffnet.

Das Interesse an der Ausstellung war groß – sowohl in München als auch an anderen Orten. Von anfangs zwölf Tafeln für München wurde die Ausstellung nach und nach für andere Orte auf inzwischen 27 Tafeln erweitert: 2009 bereits für die Kassenzahnärzte Bayerns sowie für die Ärzte für Frieden und soziale Verantwortung e. V., Regionalgruppe Nürnberg-Fürth-Erlangen der IPPNW; 2010 für das Bezirksklinikum Ansbach; 2011 für das Jüdische Kulturmuseum Augsburg und schließlich für Bad Orb. Inzwischen war die Ausstellung an 30 Orten zu sehen, zuletzt im April auf dem Hessischen Ärztetag 2013 in Frankfurt/Main.

2011 erhielt das Ausstellungsprojekt einen Sonderpreis des Bundesministeriums für Gesundheit, der Bundesärztekammer und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung für wissenschaftliche Arbeiten zur Rolle der Ärzteschaft in der Zeit des Nationalsozialismus. 2012 gehörte es zum offiziellen Programm des Deutschen Ärztetages in Nürnberg. Die Delegierten verabschiedeten dort einstimmig die sog. „Nürnberger Erklärung“, in der eine

„wesentliche Mitverantwortung von Ärzten an den Unrechtstaten der NS-Medizin anerkannt“ und darauf verwiesen wird, dass die Initiativen zu diesen Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht in erster Linie von den politischen Instanzen des NS-Regimes ausgegangen sind, sondern von den Ärzten selbst – nicht nur von einzelnen, sondern von führenden Repräsentanten der verfassten Ärzteschaft sowie Universitäten und Fachge-

sellschaften. Weitere Informationen zu der Ausstellung gibt es unter [www.jahrestag-approbationsentzug.de](http://www.jahrestag-approbationsentzug.de).

Idee, Recherche und Konzept der Ausstellung: Ursula Ebell und Dr. Hansjörg Ebell

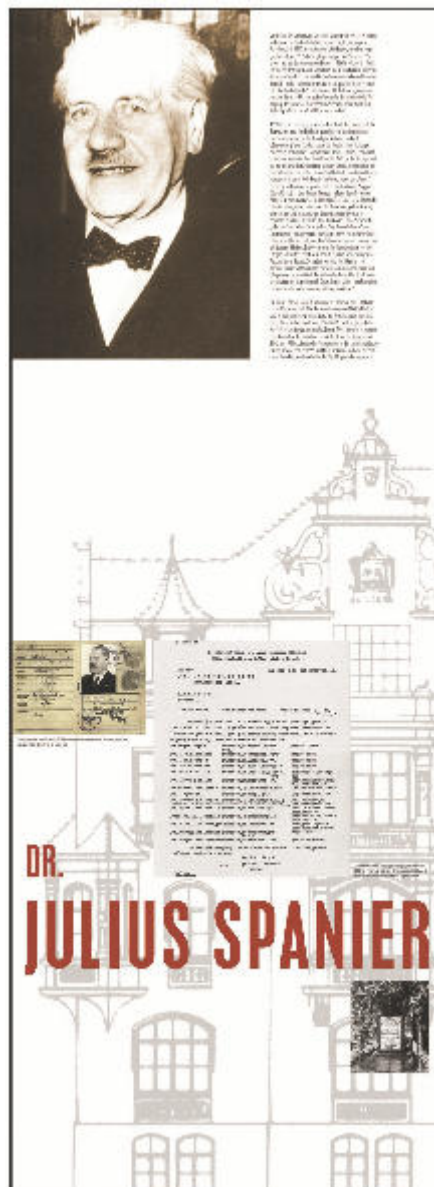
Gestaltung: Tobias Wittenborn

Schirmherrschaft: Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern

## EINLADUNG

Am 19. Juni lädt die Ärztekammer Westfalen-Lippe um 15.00 Uhr zur Ausstellungseröffnung ins Ärztehaus, Gartenstraße 210–214, 48147 Münster, ein. Die Aus-

stellung ist bis zum 13. Juli 2013, jeweils montags bis donnerstags von 8.00 bis 17.00 Uhr und freitags von 8.00 bis 13.30 Uhr, geöffnet.



Zwei Tafeln der Ausstellung

